

REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
158 · Ausgabe Region Bern · November 2015

SP

Unterkunft für Flüchtlinge: die SP Köniz kann nicht mehr schweigen

2015 hat sich die politische und öffentliche Diskussion in der Schweiz über die Frage der Asylsuchenden in unerträglichem Masse verschärft. Medial wirksame Schlagworte wie «Asylchaos» beherrschen den öffentlichen Diskurs. Die SVP fordert lauthals ein «Asylmoratorium», eine Bewachung der Grenzen durch die Armee und ruft die Gemeinden auf, Unterkünfte für Asylsuchende zu verweigern. Demgegenüber sind aufwühlende Bilder über das wahre Chaos auf der Balkanroute und auf dem Mittelmeer zu sehen.

Mit Staunen beobachteten wir, wie der Kanton Mühe hat, wegen des Widerstands zahlreicher Gemeinden neue Unterkünfte für Flüchtlinge zu eröffnen. So kann das nicht weitergehen, sagte sich die SP Köniz. Wir müssen der weltoffenen und an humanitären Werten orientierten Schweiz eine Stimme geben – und zwar öffentlich. Dem Geschrei der Fremdenfeindlichen und derjenigen, die angeblich die Sorgen der Bevölkerung vertreten, müssen wir etwas entgegensetzen.

Sondieren mit einer Interpellation

In einer Interpellation vom 17. August 2015 von Christian Roth und

**Wir müssen
der welt-
offenen
und an
humanitä-
ren Werten
orientierten
Schweiz
eine
Stimme
geben –
und zwar
öffentlich.**

Werner Thut stellte die SP nicht nur Fragen zur Situation rund um die Unterbringung von Flüchtlingen in Köniz, sondern wollte auch wissen, ob der Gemeinderat gegenüber den Kantonsbehörden bereit sei, seine Verantwortung konstruktiv, aktiv und solidarisch wahrzunehmen. Ebenso wurde nach der Bereitschaft gefragt, mit umliegenden Gemeinden zu kooperieren. Mit Interesse hat die SP danach in den Medien gelesen, dass sich Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP), durch seine harte Haltung in der Sozialhilfefrage bekannt, vom Aufruf der SVP distanziert. Dennoch schien der Gemeinderat von Köniz zögerlich zu handeln.

Nachfassen mit einer dringlichen Motion

Ende August verschärfte sich die Situation: Regierungsrat Käser verzichtete entnervt darauf, den Gemeinden Asylunterkünfte aufzuzwingen, und hofft nun, mit einem Apell mehr zu erreichen. Diesen Ball hat die SP Köniz umgehend aufgenommen. Markus Willi fordert in einer dringlichen Motion, dass die Gemeinde ohne Verzug die Zivilschutzanlage Stapfen oder eine

andere Zivilschutzanlage als kurzfristiges Obdach für Flüchtlinge zur Verfügung stellt. Selbstverständlich sind Zivilschutzanlagen keine Ideallösungen, aber im kalten Winter dennoch besser als Zelte.

Die Gemeinde handelt

Ab dem 1. November 2015 werden nun in der Zivilschutzanlage in Niederscherli bis zu 100 zusätzliche Plätze zur Unterbringung von Asylsuchenden genutzt. Die Gemeinde Köniz stellt dem Kanton die Anlage auf eigene Initiative hin zur Verfügung. Die Betreuung der Asylsuchenden übernimmt die Flüchtlingshilfe der Heilsarmee. Der Gemeinderat handelt, bevor die Motion im Parlament beraten werden konnte. Die SP ist überzeugt, dass sie dem Gemeinderat mit ihren Vorstössen den Rücken gestärkt und die Realisierung des Vorhabens beschleunigt hat. Es zeichnet sich aber bereits Widerstand ab: Die SVP kritisierte den Gemeinderat in einer Medienmitteilung umgehend. An der Informationsveranstaltung in Niederscherli gab es jedoch erfreulich viele positive Reaktionen.

Markus Willi und Christoph Salzmann,
Mitglieder Parlament Köniz

STÄDTISCHE ABSTIMMUNG VOM 15. NOVEMBER

Ja zum Bremgartenwald – Nein zur SVP-Initiative



Die Initiative ist eine Mogelpackung und hat keinerlei konkrete Auswirkungen.

Dass Initiativen ein praktisches Instrument im Wahlkampf sind, wusste auch die SVP Stadt Bern, als sie im städtischen Wahljahr 2012 ihre Volksinitiative «Wald-Stadt – NEIN DANKE» lancierte. Damit wollte sich die Partei, die man sonst so gar nicht mit Natur- und Umweltschutz in Verbindung bringt, als Bewahrerin des Bremgartenwaldes aufspielen. Die Initiative, über die in Bern am 15. November abgestimmt wird, ist aber eine Mogelpackung und hat keinerlei konkrete Auswirkungen.

Mit der Initiative will die SVP die Gemeindeordnung der Stadt Bern wie folgt ergänzen: Die Stadt «nimmt keine grossflächigen Waldrodungen für Wohnüberbauungen vor, solange Baulandreserven auf dem Gemeindegebiet vorhanden sind». Wie dem Titel der Initiative zu entnehmen ist, zielt sie damit auf die Idee der sogenannten «Waldstadt Bremer» ab, die von einem Förderverein lanciert und damals auch vom Berner Gemeinderat mit Interesse aufgenommen wurde. Die Idee, einen Teil des Bremgartenwaldes zu roden, um dort Wohnungen und Büros zu bauen, scheitert allerdings am übergeordneten Recht. Weil es nicht bewilligungsfähig ist, wird das Projekt auch vom Gemeinderat nicht mehr weiter vorangetrieben.

Gut verankerter Waldschutz

Der Wald ist durch eidgenössisches und kantonales Recht zum Glück streng geschützt. Rodungen sind nur dann zulässig, wenn sie standortgebunden und raumplanerisch gerechtfertigt sind und die Umwelt nicht erheblich gefährden. Insbesondere die Standortgebundenheit trifft auf Wohnüberbauungen jedoch fast nie zu, weil anstelle von Wald in der Regel andere Flächen für Wohnüberbauungen zur Verfügung stehen. Das Bundesgericht erteilt Rodungsbewilligungen deshalb auch nur sehr restriktiv und erlaubte Waldrodungen bisher nur in wenigen, gut begrün-

deten Ausnahmefällen. Eine Lockerung des Waldschutzes durch das eidgenössische Parlament ist ebenfalls nicht zu erwarten – und wenn doch, würde das Stimmvolk einer solchen kaum zustimmen.

Wirkungslos bis kontraproduktiv

Im Fall einer Annahme hätte die Initiative keinerlei rechtliche Wirkung, das geltende Rodungsverbot würde dadurch nicht verschärft. Hinzu kommt, dass die Stimmberechtigten bei Umzonungen immer das letzte Wort haben und in jedem Fall über allfällige Bauprojekte im Wald entscheiden könnten.

Wird der Text der Initiative spitzfindig ausgelegt, könnte daraus allenfalls sogar abgeleitet werden, dass die Stadt Waldrodungen für Wohnüberbauungen vornehmen darf, sobald auf dem Gemeindegebiet keine Baulandreserven mehr vorhanden sind. Damit würde sie sich letztlich sogar negativ auf den Waldschutz auswirken.

Ein Ja zur SVP-Initiative wäre zwar eine politische Willensbekundung, hätte aber nur eine rein symbolische Wirkung. Die Gemeindeordnung und damit das Grundgesetz der Stadt Bern würde jedoch mit einem überflüssigen Satz aus der Feder der SVP ergänzt.

Nein zur Initiative – Ja zum Wald

Die Delegiertenversammlung der SP Stadt Bern hat am 26. Oktober ohne Gegenstimme die Nein-Parole zur SVP-Initiative gefasst. Damit dies nicht fälschlicherweise als Nein zum Waldschutz oder als Ja zu einer «Waldstadt Bremer» verstanden wird, haben die Delegierten auf Antrag der SP-Sektion Länggasse-Felsenau gleichzeitig auch die Resolution «Bremgartenwald – Raum zum Erholen sinnvoll erhalten» verabschiedet. Diese hält fest, dass die SP Rodungen im Bremgartenwald grundsätzlich ablehnt.

Michael Sutter, Stadtrat SP



Neugestaltung und Sanierung des Eigerplatzes

EIN SANIERUNGSPROJEKT MIT MEHRWERT FÜR DIE BEVÖLKERUNG

Am Eigerplatz müssen die Kanalisationsleitungen saniert und die Tramgleise ersetzt werden. Im Zug dieser Sanierungsarbeiten soll auch die Verkehrsführung verbessert und der Platz umgestaltet werden. Mit der Einführung von Tempo 30, mehr Platz für FussgängerInnen und Velofahrende sowie einem neuen Park soll auch im Stadtteil III ein Treffpunkt für die Quartierbevölkerung geschaffen werden.

Die Sanierung und Neugestaltung des Eigerplatzes war bereits ein Teilprojekt von Tram Region Bern. Nach dem vorläufigen Scheitern des Tramprojekts kommt der Eigerplatz am 15. November als eigenständige Abstimmungsvorlage vors Volk. Ähnlich wie beim «neuen Breitsch» soll die notwendige Sanierung der Kanalisation und der Gleise dazu genutzt werden, die Verkehrsfüh-

Die neue Gestaltung des Platzes bringt Verbesserungen für alle.

rung zu verbessern und den Platz einladender und menschenfreundlicher zu gestalten. Der Eigerplatz wird auch nach der Umgestaltung eine wichtige Verkehrsdrehscheibe bleiben, die neue Aufteilung der Strassenfläche und Gestaltung des Platzes bringt aber Verbesserungen für alle Verkehrsteilnehmenden und für die Anwohnenden.

Neue Verkehrsführung

Die unübersichtliche Kreuzung mit sehr vielen Ampeln wird zu einem einspurigen Kreislauf umgebaut. Dadurch wird der Verkehr flüssiger und die Ampeln werden nur noch eingesetzt, um Bus und Tram den Vortritt zu gewähren. Durch die Einführung von Tempo 30 und die Verkleinerung der Strassenfläche verbessert sich die Sicherheit für alle und wird das Überqueren der Stras-

sen erleichtert. FussgängerInnen und Velofahrende bekommen deutlich mehr Platz, für die Velos gibt es Bypässe beim Kreislauf sowie Linksabbiegestreifen und Querungshilfen. Die Haltestellen der Tramlinie 3 und der Buslinie 10 werden zusammengelegt und hindernisfrei ausgebaut. So wird das Umsteigen schneller und bequemer. Für die Gestaltung der neuen Haltestellen wurde ein Wettbewerb durchgeführt.

Ein Treffpunkt fürs Quartier

Neben der Verkehrsberuhigung werden weitere Massnahmen getroffen, um die Aufenthaltsqualität auf dem Eigerplatz zu verbessern. Im neuen Eigerpark gibt es einen Brunnen und auf dem ganzen Platz werden 22 zusätzliche Bäume gepflanzt. Damit wird aus dem Eigerplatz endlich ein Ort zum Verweilen, wo sich die Quartierbevölkerung treffen kann, und der Stadtteil Mattenhof-Weissenbühl bekommt ein Zentrum, das diesen Namen auch verdient. Nach dem Breitenrainplatz und dem Eigerplatz sollen auch weitere Plätze in der Stadt Bern saniert und aufgewertet werden. Für den Waisenhausplatz und den Helvetiaplatz laufen bereits entsprechende Planungen.

Michael Sutter, Stadtrat SP

PAROLEN DER SP STADT BERN ZU DEN STÄDTISCHEN ABSTIMMUNGEN VOM 15. NOVEMBER

- | | |
|---|------|
| ■ Tramdepot Burgernziel: Abgabe im Baurecht: | JA |
| ■ Initiative «Wald-Stadt – NEIN DANKE»: | NEIN |
| ■ Teilrevision Reglement über die politischen Rechte: | JA |
| ■ Volksinitiative «Für ein zusätzliches Hallenbad in der Stadt Bern»: | JA |
| ■ Gesamtprojekt Neugestaltung und Sanierung Eigerplatz: | JA |
| ■ Gesamtanierung und Erweiterung Volksschule Manuel: | JA |
| ■ Produktgruppen-Budget 2016 der Stadt Bern: | JA |

DIE SP IN DER REGION

Die SP60+ Bern-Mittelland

ENDE 2011 HAT DIE GESCHÄFTSLEITUNG DER SP SCHWEIZ EIN PROJEKT FÜR DIE STÄRKUNG DER GENERATIONEN INS LEBEN GERUFEN. INNERHALB DER SP WURDE EINE NATIONALE STRUKTUR FÜR LEUTE ÜBER 60 GESCHAFFEN, DAMIT AUCH DIE ÄLTERE GENERATION IHRE INTERESSEN INNERHALB DER PARTEI FOKUSSIERT VERTRETEN KANN. AUCH IN DER REGION BERN SCHLOSSEN SICH ENGAGIERTE PARTEIMITGLIEDER ZU EINER GRUPPE 60+ ZUSAMMEN. PAULA RAMSEIER, MITGLIED DER KERNGRUPPE DER SP60+ BERN-MITTELLAND, GIBT AUSKUNFT ÜBER DIE AKTIVITÄTEN UND SCHWERPUNKTE.

INTERVIEW: ZORA SCHINDLER

Wie entstand die SP60+ Bern-Mittelland?

Ganz genau kann ich das nicht mehr sagen. Irgendwann 2012 hat die SP Kanton Bern über ein Projekt SP60+ nachgedacht. Aus verschiedenen Teilen des Kantons hat sich eine Kerngruppe gebildet und schon bald danach haben wir in den Regionen angefangen zu arbeiten.

Wie viele aktive 60+-Mitglieder habt ihr in der Region?

Derzeit haben wir 147 Mitglieder. An den Veranstaltungen nehmen jeweils zwischen 20 und 50 Genossinnen und Genossen teil. Sehr aktiv ist die Kerngruppe Region Bern-Mittelland, die jeweils die Anlässe organisiert.

Seit dem kantonalen Parteitag vom 19. Mai 2015 in Langenthal gibt es nun offiziell die SP60+ Kanton Bern. Wie geht es unter diesen neuen Umständen weiter mit der SP60+ in der Region?

Wir in der Region Bern-Mittelland sind sehr locker organisiert, wir haben keine feste Struktur wie die kantonale Organisation. Wir schicken zwei Leute in den kantonalen Vorstand. Wir werden jedoch weiterhin zuverlässig und kompetent ungefähr

drei Anlässe pro Jahr in unserer Region planen und durchführen.

Welche Unterstützung für eure weitere Arbeit erwartet ihr von der SP60+ Kanton Bern und der Kantonalpartei? Und was bringt ihr umgekehrt ein?

Wir hoffen, dass die kantonale SP uns weiterhin administrativ und finanziell unterstützt. Wie bereits erwähnt planen und organisieren wir weiterhin Anlässe.

Welche Themenschwerpunkte hat die SP60+ Region Bern-Mittelland?

Wir bieten politische Themen an, die für ältere SP-Mitglieder wichtig sind, z. B. Altersvorsorge, Generationen-Fragen, Wahlen (Podium für SP-Mitglieder, die auf verschiedenen Ebenen kandidieren) sowie Anlässe zu Kultur, Umwelt u. a. m.

Welche Aktivitäten habt ihr bisher durchgeführt?

Thematisch standen AHV+, Wohnen im Alter, Wahlen 2015, Patientenverfügungen, Erbschaftssteuer und Migrationspolitik im Vordergrund. Als Veranstaltungen haben wir den Kultur Anlass (Lesung mit Musikbegleitung) durchgeführt und demnächst folgt der Besuch in der Energiezentrale Forsthaus.

Die Resonanz ist unterschiedlich, die Anlässe finden jeweils morgens oder nachmittags statt. Wir hatten von der SP Schweiz die Information, dass ältere Leute abends nicht ausgehen, was bei unserer Gruppe jedoch eher umstritten ist.

Wir versuchen, Zeit für gemütliche Gespräche vor oder nach der Veranstaltung einzuplanen, das ist sehr beliebt.

Welche Themen werdet ihr im nächsten Jahr bearbeiten?

Im Vordergrund stehen: Feminismus gestern und heute, Renaturierungen, Kultur Anlass und Altersvorsorge 2020.

Wieso braucht es die SP60+?

Es gibt viele aktive Frauen und Männer in der SP, die über 60 Jahre alt sind. Ihre Erfahrungen sollen weiterhin in die SP-Politik einfließen. Der Austausch zwischen den «Jungen» und den «Alten» scheint uns deshalb wichtig. Bei der Abstimmung über die Einheitskrankenkasse gab es zum Beispiel eine witzige Aktion auf dem Bundesplatz: Die Jusos mit grünen Leibchen «ich bin ein gutes Risiko» – die SP60+ mit roten Leibchen «ich bin ein schlechtes Risiko».



«Wir bieten politische Themen an, die für ältere SP-Mitglieder wichtig sind.»

